



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

46. Sitzung (öffentlich)

18. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss fasst auf Antrag von Ralph Bombis (FDP) den Beschluss, aufgrund der aktuellen Witterungsbedingungen und der daraus resultierenden Verkehrssituation in der heutigen Sitzung in Fraktionsstärke abzustimmen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

Drucksache 17/7800 (Ergänzung)

Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/2521 (Einführung in den Haushalt)
Vorlage 17/2564

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 17/2752 zu entnehmen.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Im Anschluss an die Abstimmung über die Änderungsanträge nimmt der Ausschuss den Einzelplan 14 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und AfD an.

2 Europäische Klimapolitik forcieren: CO₂ einen Preis geben und Energiegeld einführen

12

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5724

Ausschussprotokoll 17/750 (Anhörung von Sachverständigen vom 27.09.2019)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/5724 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

3 Wie gestalten sich die sieben Revierknotenkonferenzen im Rheinischen Revier im Einzelnen? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])

19

Vorlage 17/2563

– Wortbeiträge

- 4 Was tut und meint der Brexit-Beauftragte Friedrich Merz in der aktuellen Lage im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU? (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])** **22**

Vorlage 17/2567

– Wortbeiträge

- 5 Sündenfall Luftverkehrsteuer. Was unternimmt die Landesregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze und zum Schutz der Luftverkehrswirtschaft in NRW? (Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 3])** **26**

Vorlage 17/2696

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird verschoben.

- 6 Welche Folgen haben die Verzögerungen bei der Umsetzung des Kohlekompromisses für das Land NRW und die betroffenen Kommunen? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])** **27**

Vorlage 17/2695

– Wortbeiträge

Die Beratung wird verschoben.

- 7 Verschiedenes** **28**

Der Ausschuss beschließt, zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/7751 „Klimakrise: Mehr Unterstützung für die Kommunen bei Klimaschutz und Klimafolgenanpassung!“ eine Anhörung durchzuführen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

Drucksache 17/7800 (Ergänzung)

Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/2521 (Einführung in den Haushalt)
Vorlage 17/2564

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 18.09.2019)

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 17/2752 zu entnehmen.

Christian Loose (AfD) führt aus, die Landesregierung habe sich leider in großen Teilen von der Marktwirtschaft verabschiedet. Die größten Posten seien inzwischen die Subventionsposten der EU mit dem EFRE-Programm. Jetzt komme mit dem sogenannten Klimaschutz eine riesengroße zweite Subventionssäule hinzu.

Gerade das EFRE-Programm sei bezeichnend, weil dorthin erst zwei Euro Steuerzahlergeld fließen, um dann einen Euro zurückzubekommen, und dann müsse das Land noch einmal Geld drauflegen, also wieder Steuerzahlergeld. Leider könne man das nicht direkt einstellen, aber man appelliere, darauf zu drängen, dass insgesamt die EFRE-Mittel reduziert würden, denn letztendlich fließe davon nur ein kleiner Teil nach Deutschland zurück. Im EFRE-Begleitausschuss werde außerdem die zunehmende Bürokratie beklagt. Vor dem Hintergrund bestehe hier Reformbedarf.

Aus Sicht der AfD werde auch zu wenig für das Ruhrgebiet getan. Die Ruhrgebietskonferenzen stellten eher eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme dar.

Bei dem, was jetzt mit dem Rheinischen Revier gemacht werde, gehe eine hohe Wertschöpfung verloren. Die Gelder aus Berlin entsprächen nur einem Bruchteil dieser Wertschöpfung. Die Bürgermeister stritten sich jetzt schon um die entsprechenden Gelder.

Dementsprechend könne seine Fraktion dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen.

Was die beantragten Mittel für das kommunale Klimaschutzmanagement und die unter dem Stichwort „gutes Klima“ beantragten Mittel angehe, erinnert **Ralph Bombis (FDP)** an die Beratung im Plenum. Zur Entlastung der Kommunen habe die Landesregierung schon enorm viel vorgelegt, und das werde auch fortlaufend der Fall sein. Ohne Zweifel könne man sich immer zusätzliche Mittel wünschen. Aber gerade in dem wichtigen Bereich Klimaschutz sei diese Landesregierung sehr gut unterwegs. Deswegen sehe seine Fraktion keine Notwendigkeit, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Der Änderungsantrag zum Wuppertal Institut sei für ihn nicht nachvollziehbar. Die Förderung für diese Bereiche sei seines Erachtens insgesamt auskömmlich.

Bei den Änderungsanträgen der AfD werde teilweise wieder die Leugnung des Klimawandels erkennbar.

Was die Repräsentationsmaßnahmen im Rahmen von Messen angehe, werde außerdem deutlich, dass die AfD nun wirklich kein Interesse daran habe, dass sich Nordrhein-Westfalen als guter Wirtschaftsstandort und weltoffenes Land präsentiere. Das sehe seine Fraktion vollkommen anders.

Deswegen werde die FDP-Fraktion die Änderungsanträge der AfD ablehnen.

Jörn Freynick (FDP) erklärt, die Änderungsanträge der Grünen zum RVR und zu den Regionalräten kämen zum falschen Zeitpunkt, weshalb seine Fraktion ihnen nicht zustimmen könne.

Im nächsten Jahr finde die Kommunalwahl statt, woraus sich eine neue Zusammensetzung der Regionalräte ergebe, und die Anzahl der Fraktionen könne sich ändern. Erst nach der Kommunalwahl sollte über eine eventuelle Erhöhung der Landeszuschüsse nachgedacht werden.

Ihn interessiere, wie die Grünen zehn zusätzliche Stellen beim RVR begründeten. Diese Zahl könne er nicht nachvollziehen. Seines Erachtens sollte zunächst abgewartet werden und dann mit dem neuen Chefplaner ein Gespräch darüber geführt werden, welche Stellenbedarfe er sehe. Danach könne man sich hier über weitere Stellen unterhalten.

Henning Rehbaum (CDU) hebt hervor, dass die Mittel, die den Kommunen für Klimaschutz zugewiesen würden, von 100 Millionen Euro unter Rot-Grün in dieser Legislaturperiode bereits auf 188 Millionen Euro deutlich erhöht worden seien. Ihn erstaune vor dem Hintergrund, dass jetzt dieser Änderungsantrag vorliege. Rot-Grün hätte die Mittel ja ebenfalls erhöhen können.

Seit Jahren würden zusätzliche Stellen für den RVR gefordert. Allerdings sei auch schon seit Längerem widerlegt von den Bezirksregierungen, die damals Planungsverantwortung und damit auch Stellen an den RVR abgegeben hätten, dass diese Stellenberechnungen und -zuweisungen fair und ordentlich gewesen seien. Vielleicht sei es jetzt an der Zeit, erst einmal zu gucken, ob man mit dem zur Verfügung Stehenden mit einer vernünftigen Einstellung der Planungsspitze auch vernünftige Arbeit leisten könnte.

Der Änderungsantrag der SPD zum Wuppertal Institut täusche ein wenig darüber hinweg, dass man dieses Institut schon auf sehr hohem Niveau unterstütze. Man stehe zum Wuppertal Institut und arbeite gerne und gut zusammen.

Wenn dieser Haushalt so verabschiedet werde, gebe man siebenmal so viel Geld für Klimaschutz und Energieforschung aus wie Rot-Grün 2017 und setze damit klare Prioritäten. Die Forderung der AfD, das alles komplett einzustampfen, weil nach ihrer Ansicht keine Klimaschutzbemühungen und keine Energieforschung mehr benötigt würden, scheine ihm doch etwas aus der Zeit gefallen. Die Koalition verfolge hier den richtigen Ansatz. Er rate der AfD, ihre Haltung zu überdenken.

Zum Änderungsantrag der AfD, den Baransatz im Bereich Tourismus zu reduzieren, betont **Bodo Middeldorf (FDP)**, seine Fraktion halte das für gut angelegtes Geld. Der Ansatz, hier die Anstrengungen noch einmal zu steigern, sei vollkommen richtig.

Denn man habe es mit einer prosperierenden Branche zu tun, was die AfD richtigerweise feststelle. Diese Branche habe in den letzten Jahren erheblich zur Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen. Das Geld, das über den Tourismus nach Nordrhein-Westfalen fließe, bleibe auch hier.

Diese Entwicklung komme nicht von ungefähr oder daher, dass sich der Tourismus insgesamt so gut entwickle, sondern habe ihren Grund darin, dass der Tourismus in Nordrhein-Westfalen massiv unterstützt worden sei und massiv Marketing gemacht worden sei, national und international. Hier gehe es darum, auch die diskontinuierliche Finanzierung über viele Fördermittel ein Stück weit zu kompensieren. Da müsse seines Erachtens ein klares Signal gesetzt werden. Das wolle man hier tun.

Dietmar Bell (SPD) verweist bezüglich des Wuppertal Instituts auf die Begründung für den Änderungsantrag. Es gehe um die Frage, inwieweit die landesgeförderten Institute, die nicht unter dem Dach der Forschungsgemeinschaften seien, in der Perspektive konkurrenzfähig blieben. Es gehe darum, Lohnkosten-, Energiekostensteigerungen etc. auszugleichen. Das stehe nicht singulär im Raum, sondern man habe im Wissenschaftsausschuss für die anderen Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft gleichlautende Anträge gestellt, um die dreiprozentige Erhöhung zu realisieren.

Die SPD werde den Änderungsanträgen von Bündnis 90/Die Grünen zu den Regionalräten und zum RVR zustimmen. Man habe sich mit den Kolleginnen und Kollegen beim RVR noch einmal ins Benehmen gesetzt und da etwas intensiver nachgefasst. Die Möglichkeit hätten die anderen Fraktionen ja auch gehabt. Gerade vor dem Hintergrund des Planungsdesasters müsse es natürlich um die Frage gehen, inwieweit man den RVR auch personell so ausstatte, dass er in der Zukunft die Arbeitsfähigkeit habe, um solche Vorkommnisse zukünftig zu vermeiden.

Den Antrag zum kommunalen Klimaschutzmanagement werde seine Fraktion ablehnen, weil sie investive Maßnahmen für sinnvoller halte.

Christian Loose (AfD) macht Herrn Rehbaum auf den Änderungsantrag der AfD aufmerksam, das EWI in das Kapitel 14 400 zu verschieben. Wenn diesem Änderungsantrag zugestimmt würde, dann würden die Mittel für diesen Forschungsbereich natürlich nicht gestrichen.

Er finde es sehr interessant, dass Herr Bell auf die steigenden Energiekosten beim Wuppertal Institut hingewiesen habe. Die Energiekosten stiegen doch aufgrund einer völlig verfehlten Energiewende.

Im Tourismusbereich sitze er im entsprechenden Beirat. Man habe sich die Konzepte angeschaut, aber der Aufbau einer Konkurrenz zu Booking, TripAdvisor usw. sei nicht zielführend. Dort werde viel Geld verschwendet. Dementsprechend wolle man auch da den Ansatz reduzieren.

Ralph Bombis (FDP) ist der Meinung, dass die vorgesehenen Mittelsteigerungen beim Wuppertal Institut ausreichen, und sieht sich nicht in der Lage, der Argumentation von Herrn Bell zu folgen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) nimmt Stellung, beim Wuppertal Institut habe man im Etat einen Anstieg von einer halben Million. Man habe nicht durchgängig recherchieren können, wann es die letzte Anhebung gegeben habe. Er wisse nur als damaliger Wissenschaftsminister, dass er das Wuppertal Institut damals völlig unterfinanziert angetroffen habe und Schwarz-Gelb dann die Grundfinanzierung deutlich angehoben habe. Man bereite das gerne noch einmal auf, wie sich das dann fortgesetzt habe. Aus seiner Sicht sei das über lange Zeit nicht angepasst worden. Jetzt finde eine Anpassung statt. Also jetzt auf diese Erhöhung um eine halbe Million noch einmal einen solchen Ansatz draufsetzen zu wollen, halte er für sachlich nicht nachvollziehbar.

Bei den Regionalräten habe man ja nächstes Jahr nach den Kommunalwahlen eine entsprechende Anpassung. Da sei man aus den Haushaltsmitteln in der Lage, die Aufstockung vornehmen zu können. Ab 2021 werde es dann, wenn die Regionalräte anders auszustatten seien, sicherlich auch eine Anpassung des Etatpostens geben.

Beim RVR werde alle drei Jahre evaluiert. Die letzte Evaluierung liege knapp drei Jahre zurück. Damals seien, obwohl man gewusst habe, dass der Regionalplan aufzustellen sei, nicht mehr Mittel bereitgestellt worden. Man werde das jetzt evaluieren, ob mehr notwendig sei. Sollte die Evaluierung zu diesem Ergebnis kommen, werde man auch in der Lage sein, das im laufenden Haushalt 2020 entsprechend tätigen zu können. Darüber hinaus würden dann entsprechende Mittelanmeldungen für 2021 vorzunehmen sein.

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Loose zu EFRE wolle er dahingehend beantworten, dass EFRE sicherlich einfacher werden müsse. Das sei auch das Ziel aller Regierungen in Europa, auch Deutschlands und Nordrhein-Westfalens. Das sei genau das, was man für die nächste Periode anstrebe.

Er sehe aber einen gewissen Widerspruch, wenn man einerseits für die Metropole Ruhr mehr Mittel einfordere und andererseits aber nicht berücksichtige, dass EFRE zu

einem erheblichen Teil auch dem Ruhrgebiet zugutekomme, wo entsprechende Projekte auch gefördert würden. Rund 1.500 Bewilligungen seien hier in den verschiedenen Förderlinien ergangen.

Wenn man das jetzt als Subvention bezeichne: Er sehe gerade das Gebiet Forschung und Entwicklung, das sehr stark sei und in Zukunft hoffentlich noch stärker werde, als einen ganz wichtigen – auch ordnungspolitisch – Ansatz, wo Politik helfen könne, Transformationsprozesse vorzeitig erkennen und einleiten zu können, und unterstützend wirksam werden könne auch mit Blick auf die KMU. Gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen sehe man im Wettbewerb Ungleichgewichte. Deswegen sei es ordnungspolitisch sinnvoll, kleinen und mittleren Unternehmen, die Nachteile hätten, zu helfen, die Entwicklungen besser einleiten und bewältigen zu können. Insofern seien das ordnungspolitisch sinnvolle Maßnahmen. Sie sollten so bürokratiearm wie möglich vonstattengehen. Hierzu leiste die Landesregierung selbst eine Menge, aber auch im Zusammenwirken mit dem Bund und Europa, damit sich das noch verbessere.

Die geforderte Komplettstreichung aller Klimamaßnahmen sei sehr kritisch zu reflektieren. Er komme gerade aus einem Gespräch mit dem Verband der Chemischen Industrie, der sich in einem Gutachten mit der Frage auseinandergesetzt habe, wie sich die Zukunft der Chemie am Standort Europa bis 2030 oder 2050 entwickeln könnte. Ohne Innovationen, ohne erhebliche Anpassungen werde das nicht möglich sein. Wer hier nicht unterstützend wirke, wie die Landesregierung das tue, beispielsweise mit IN4climate.NRW, der würde der Wirtschaft einen erheblichen Schaden zufügen und damit Arbeitsplätze gefährden. Insofern halte er diese helfenden Aktivitäten, Markteinführungen zu begünstigen, damit sich auch neue Unternehmen, die sich hier etabliert hätten, besser entwickeln könnten, aber auch Anpassungshilfen für die Branchen, damit sie sich auf das Neue besser vorbereiten könnten, für existenziell, um eine soziale und ökologische Marktwirtschaft zukunftsfest zu machen. Aus Sicht der Landesregierung und des zuständigen Ministeriums könne er deshalb nur dringend davon abraten, solche Schritte zu gehen.

Mit Blick auf den Antrag der Grünen, die Mittel weiter anzuheben, weise er darauf hin: Inklusiv der Ergänzungsvorlage würden jetzt die Mittel für Klimaschutzaktivitäten gegenüber dem Ende der Regierungszeit von Rot-Grün versechsfacht. Das spreche für sich und zeige, wie sehr die Landesregierung dieses Thema prioritär bearbeite und voranbringe. Er sei den Fraktionen dankbar, die das so stark unterstützten.

Christian Loose (AfD) erwidert, beim EFRE-Programm bekomme man nur das Geld zurück, das der deutsche Steuerzahler vorher eingezahlt habe. Zwei Euro flössen an die EU, ein Euro komme zurück. Dann komme ein bisschen Bürokratie dazu, sodass am Ende nur 80 Cent wirksam seien. Wenn Herr Pinkwart wirklich etwas Wirksames für die Wirtschaft machen wolle, könne man ja darüber reden. Dann könne man das mit eigenem Geld machen statt es erst zur EU zu schieben und dort einmal durchwaschen zu lassen, um es dann wieder zurückzubekommen. Dementsprechend könne man etwas machen, aber dafür wäre es notwendig, diese EFRE-Programme einzustampfen und stattdessen die Gelder direkt aus den Ländern zu geben.

Jetzt wolle man allen Ernstes Schaden abwenden von der chemischen Industrie, nachdem es die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen zu den höchsten Strompreisen europaweit gebracht habe. Er könne sogar durchaus verstehen, dass die Landesregierung versuchen wolle, den durch die Bundesregierung verursachten Schaden ein wenig zu verringern. Aber es wäre sinnvoller, den Schaden erst gar nicht entstehen zu lassen und entsprechende Bitten an die Bundesregierung zu richten, den Schaden in Zukunft doch zu minimieren.

Es handele sich auch wie beim Klimaschutz um eine internationale Aufgabe und um keine lokale Aufgabe, wenn man das wirklich betreiben wolle. Dementsprechend seien die Ausgaben dort auch nicht sachgerecht.

Bodo Middeldorf (FDP) kommentiert die Aussagen von Herrn Loose zum Thema „EFRE“: Das sei natürlich größter Unfug, was Herr Loose hier vertrete. Herr Loose suggeriere ja, dass es in der Hoheit des Landes läge, darüber zu entscheiden, ob man Mittel an die Europäische Kommission gebe. Das sei selbstverständlich nicht der Fall. Aber Herr Loose habe recht, wenn er sage, man habe die Hoheit, zu entscheiden, ob man die EFRE-Mittel nehme. Aber dann sei er sehr gespannt, wie Herr Loose rechtfertigen wolle, dass man auf der einen Seite selbstverständlich Leistungen an die EU gebe, aber auf der anderen Seite umgekehrt auf 2 Milliarden Euro für die nächste Förderperiode für dieses Land verzichten wolle. Das sollte Herr Loose dann bitte auch den Unternehmen und den Universitäten erklären, wenn die dann plötzlich keine Forschungsgelder mehr hätten.

Henning Rehbaum (CDU) wirbt dafür, die Mittel für die Energieforschung deutlich aufwachsen zu lassen. Es sei einfach wichtig, in diesem Feld großes Engagement zu zeigen. Es sei ja weithin bekannt, dass die AfD ausschließlich auf Plutonium und Kohle setze. Wenn die AfD konsequent wäre, dann würde sie auch dafür in dem Bereich Energieforschung Mittel einsetzen wollen, denn auch diese Grundstoffe und Rohstoffe seien endlich. Die Politik trage die Verantwortung dafür, dass die Industrie und die Wirtschaft nicht nur heute eine vernünftige Stromversorgung hätten, sondern auch in zehn Jahren, 20, 30 oder 40 Jahren. Deswegen investiere man in diesen Bereich so viel Geld, damit man sicher in die Zukunft gehen könne.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Im Anschluss an die Abstimmung über die Änderungsanträge nimmt der Ausschuss den Einzelplan 14 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und AfD an.